

STANDPUNKT

Von Dieter Wonka

Verrückte Zeiten in Nordrhein-Westfalen



Rien ne va plus – nichts geht mehr in NRW? Nichts ist alternativlos, weder die Krisenpolitik, noch eine bestimmte Regierungsreform. Ein Ministerpräsident Rüttgers schon gar nicht. Die Frage ist nur: Wann ist der richtige Zeitpunkt zum finalen Schlusspunkt? Für die SPD sicher dann, wenn es gilt, im Bundesrat eine schwarz-gelbe Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken durchzuwinkeln. Der Rest des momentanen Machtpokers dreht sich nur um eines: Wie lange kann man den anderen die Verantwortung für die missliche Lage in die Schuhe schieben, ohne selbst dabei zu verlieren? Weil Schwarz-Gelb im Bund unaufhaltsam das denkbar abschreckendste Regierungsbeispiel liefert, erscheint nun sogar die SPD wieder als respektable Alternative. Verrückte Zeiten vor dem Superwahljahr 2011, das noch viele NRW-Wahlergebnisse liefern dürfte. Rot-Grün gegen Schwarz-Gelb sind keine alternativen Mehrheitspaare. Demokratie vermag keine beleidigten Leberwürste. Wer will, soll sich auch offen an die Macht trauen.

d.wonka@lvz.de

Brüssel. Was die Bildung von Koalitionen und Regierungen anlangt, sind die Belgier Kummer gewohnt. Nach den letzten Parlamentswahlen vor drei Jahren dauerte es geschlagene 192 Tage, bis der flämische Christdemokrat Yves Leterme als Premier vereidigt werden konnte. Der trat dann allerdings in der Folge insgesamt dreimal zurück, weswegen am Wochenende vorgezogene Neuwahlen nötig wurden – und deren Ergebnis macht die Bildung eines tragfähigen Bündnisses schwieriger denn je. Denn die beiden Wahlsieger im flämischen Norden und im wallonischen Süden des Landes verdanken ihren Erfolg Kernbotschaften, die miteinander unvereinbar und nur sehr schwer zum

Belgien steht vor langwierigen Koalitionsverhandlungen – eine Spaltung droht

Kompromiss zu führen sind. Im Norden siegte „der neue flämische Löwe“ Bart De Wever. Der hat seiner Gefolgschaft versprochen, sie aus der ungeliebten staatlichen Gemeinschaft mit den Wallonen herauszuführen. Zwar nicht sofort, aber doch auf längere Sicht. Im Süden, wo man in Belgien Französisch spricht, gewann hingegen der Sozialist Elio Di Rupo. Dessen Klientel hat ihre Stimme bei der Linken abgelenkt, um genau das zu verhindern, was De Wever und seine Gesinnungsfreunde im Schilde führen. Wenn sich die beiden zusammenfänden, könnte unter Beteiligung kleinerer Parteien eine Koalition zusammenkommen, die auch für die fällige nächste Stufe der Verfassungsreform die



nötige Mehrheit hat. Nur müsste einer von beiden, De Wever oder Di Rupo, von seinen Versprechungen abrücken. De Wever erklärte, er sei bereit, auch einem Wallonen den Job an der Regierungsspitze zu überlassen – „aber nur im Zusammenhang mit den fälligen großen Reformen“. De Wevers Neu-Flämische Allianz (NVA) wird vermutlich 27 der 150 Parlamentssitze (88 davon reserviert für die Flamen) bekommen und ist damit stärkste Fraktion in der Kammer. Die frankophonen Sozialisten (PS) dürften ein Mandat weniger haben. De Wever hat überdies eine enorme starke Stellung, weil er 750 000 sogenannte Vorzugsstimmen einheimste, mit denen der

belgische Wähler seine persönliche Präferenz für einen Politiker ausdrücken kann. Die radikalen flämischen Separatisten des Vlaams Belang gehörten zu den Verlierern und fielen von 16 auf zwölf Mandate zurück. König Albert II. muss nun entscheiden, wen er mit der Regierungsbildung – oder in einer ersten Phase mit vorbereitenden Konsultationen – beauftragt. Gestern nahm er zunächst den Rücktritt Letermes entgegen, dessen Christdemokraten von 26 Mandaten auf 17 abstürzten und damit nur noch vier Mandate im Abgeordnetenhaus sind. Anschließend traf der Monarch dann den 39-jährigen Historiker De Wever im Palast. Knut Pries

Psychoterror in der Schule

Fast jeder dritte Schüler Mobbing-Opfer / 17-Jährige macht ihr Tagebuch öffentlich

Leipzig. Tägliche Schikanen, kleine Gemeinheiten – das ist Mobbing. Die Opfer werden systematisch zermürbt. Einer Studie zufolge soll etwa jeder dritte Schüler unter seinen Klassenkameraden leiden. Denn was aus Firmen längst bekannt ist, grassiert inzwischen auch an Schulen. Sylvia Hamacher bricht das Schweigen.

Bildungsagentur. Die Behörde hat deshalb genau dieses Thema in den Lehrer-Fortbildungen verstärkt, lässt es auch in der Präventionsarbeit viel intensiver behandeln als noch vor wenigen Jahren. „Ziel muss sein, den Kindern Mut zu machen: Sie sollen mit einer Person sprechen, der sie vertrauen. Das kann ein Freund sein, das kann Mutter oder Vater sein, aber auch ein Lehrer, den sie besonders mögen“, sagt Roman Schulz. Er fordert die Schulen gleichzeitig auf, mit Mobbing-Fällen transparent umzugehen: „Wer Angst um sein Image hat, gibt die Kinder auf.“ Doch genau das hat Sylvia Hamacher, die ihren Heimatort genau so wenig wie das betreffende Gymnasium nennen möchte, die Schuloffiziellen wollten das Thema deckeln; ihr Klassenlehrer war ebenso überfordert, das Problem anzugehen, wie der Beratungslehrer, den es bereits inzwischen an vielen Schulen gibt. „Es herrschte eine unglaubliche Ignoranz“, berichtet Sylvias Mutter, Brigitte Hamacher, „wir wurden einfach nicht ernst genommen – im Gegenteil.“ Das Ganze gipfelte zunächst in einer Aussprache vor der Klasse, während der das Mädchen unverhohlen als „Schlampe, Fotze und



Das Opfer im Visier: Wer nicht mitläuft, wird gemobbt. Ein Problem, das auch in Schulen um sich greift. Foto: dpa

Von ANDREAS DEBSKI

Sie hat die Tränen nicht gezählt. Es waren einfach zu viele. Morgens, mittags, abends, nachts. Sylvia Hamacher will stark sein. Doch der Psychoterror in der Schule setzt ihr immer mehr zu. „Meine Familie frühstückt immer gemeinsam. Schon da herrschte eine gespenstige Stille. Niemand traute sich, etwas zu sagen. Und wenn meine Eltern mir Mut für den schweren Tag machen wollten, erreichten sie eher das Gegenteil“, erinnert sich die 17-Jährige. Mittlerweile kann sie über all das reden. Die Fahrt zur Schule, der Gang über den Hof, das Ankommen im Klassenzimmer – zwischen der siebenten und neunten Klasse war das alles für sie nur eines: Eine kaum beschreibbare Tortur. Immer mit der Frage verbunden, was sich die Mädchen aus ihrer Klasse wieder an Gemeinheiten für sie ausgedacht haben. Die aufgeschlossene, fröhliche 13-Jährige war über Nacht zur Außenseiterin geworden. Sylvia Hamacher ist ein Mobbingopfer – und sie ist bei weitem kein Einzelfall.



Sylvia Hamacher

Sylvia Hamacher: Jeder Tag, den ich in der Schule geschafft hatte, ist für mich ein Erfolg gewesen.

Eine Studie der Universität Lüneburg besagt, dass an weiterführenden Schulen fast jeder Dritte schon einmal von Klassenkameraden schikaniert worden ist. Opfer von körperlicher Gewalt im Schulumfeld wurde beinahe jeder Zehnte. Immerhin 37 Prozent der Kinder und Jugendlichen gab zu, selbst Mobbing-Täter zu sein. „Man hört immer noch sehr oft: Bei uns an der Schule gibt es das nicht“, sagt Silke Rupprecht und verweist auf mögliche Image-Probleme, die nicht wenige Schulen befürchten, wenn Mobbing öffentlich wird. Die Pädagogin hat die Studie – befragt wurden 1900 Schüler in vier Bundesländern, darunter Thüringen – mit betreut. Ihr Fazit: „Unser

Silke Rupprecht: Die Auswirkungen von Mobbing sind genau so schlimm wie die von Gewalt.

zentrales Ergebnis war, dass die Auswirkungen von Mobbing genau so schlimm sind wie die von Gewalt.“ Gewappnet ist man in Deutschland jedoch kaum: Noch immer werden im Bundesdurchschnitt etwa 15 000 Schüler von einem einzigen Schulpsychologen betreut.

Mobbing-Fälle werden nur selten bekannt; die Dunkelziffer ist sehr hoch. Kaum ein Kind oder Jugendlicher getraut sich, gegen seine Peiniger in die Offensive zu gehen. Und kaum ein Kind oder Jugendlicher wird für Außenstehende ersichtlich gemobbt. „Die Opfer halten sich zurück und versuchen, leider viel zu oft, mit dem Problem allein fertig zu werden, was oft auf Verdrängen hinausläuft“, weiß auch Roman Schulz, Sprecher der Regionalstelle Leipzig der Sächsischen

Nutze“ im Beisein des Lehrers angegriffen wurde. Nach einem späteren Übergriff, diesmal einem tätlichen, musste Sylvia Hamacher für einige Tage sogar ins Krankenhaus. Dort beschloss sie, die Schule zu verlassen: „Ich wollte wirklich nicht fliehen. Jeder Tag, den ich in der Schule geschafft hatte, ist für mich ein Erfolg gewesen. Der Abgang war dann so etwas wie eine Niederlage.“ Letztlich war es aber ihre Rettung. Durch verschiedene Therapien und gezieltes Training hat sie gelernt, dass das Leben und auch die Schule wieder Spaß machen kann.

Sylvia Hamacher hatte Glück. Doch manche finden keinen Ausweg. Leben werden bereits in der Schule zerstört. Die Realität zeigt auch, dass aus einem Mobbingopfer im Extremfall ein Amokläufer werden kann. „Wenn man mit einem solchen Problem zwei Jahre lang konfrontiert wurde, kann man zumindest ahnen, was in Jugendlichen vorgehen muss, die zur Waffe greifen“, gibt Brigitte Hamacher unumwunden zu. „Natürlich will ich Amokläufer nicht in Schutz nehmen, aber wenn man vorher genauer hinschauen würde, ließen sich solche Katastrophen verhindern.“ Eine Ansicht, die Psychologen wie Herbert Scheithauer teilen. Das Problem: Die Konzepte sind da – doch die Umsetzung scheitert immer häufiger am fehlenden Geld.

„Beim Mobbing gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man macht mit oder man versucht, es zu verhindern“, lautet Sylvia Hamachers Botschaft. Bis heute weiß die 17-Jährige nicht, weshalb gerade sie als Opfer auserkoren wurde.

Sylvia Hamacher hat in den beiden Mobbing-Jahren Tagebuch geführt. Es bildet die Grundlage für ihr Buch „Tatort Schule“ (tredition-Verlag, 130 Seiten, 12,99 Euro).

KOMMENTAR

Von Kostas Kipuros

Angst vor Chaos in Kirgistan



Ethnische Konflikte, Massenflucht, Islamismus und eine völlig überforderte Regierung: Für jede ausländische Ordnungsmacht muss die Bitte um Hilfe wie eine Einladung zu einem Abenteuer mit ungewissen Ausgang wirken. Da scheint es verständlich, wenn Russland dankend abwinkt und sich die USA bedeckt halten. Umso mehr, als die mittelasiatische Republik über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt.

Kirgistans eigentlicher und einziger Reichtum ist seine geostrategische Position. Über sein Territorium verläuft der Nachschub für den Afghanistan-Krieg, Iran und China liegen in der Nähe. Seit 2001 unterhalten die USA deshalb einen Militärstützpunkt, seit 2002 ist Russland mit eigenen Truppen präsent. An den undemokratischen, menschenrechtsverachtenden Regimes haben beide Mächte nie Anstoß genommen. Dass nun auch die Tulpenrevolution ihre Kinder frucht, offenbart den eigentlichen Sinn der ausländischen Stützpunkte: Es geht nicht um Demokratie, sondern um eigene Interessen.

Dennoch muss diese Tatsache ironischerweise für Kirgistan nicht zwangsläufig die Abdrift in das völlige Chaos bedeuten. Auch wenn die Zahl der zivilen Opfer der ethnischen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken nur eine untergeordnete Rolle spielt – vor allem die Angst vor einem Übergreifen der Unruhen auf Tadschikistan und Usbekistan wird die Taktik Moskaus und Washingtons diktieren. Nicht zu vergessen: Die neuesten Meldungen über gigantische Rohstoffvorkommen in Afghanistan dürften das Interesse aller geostrategischen Mitspieler an einem stabilen Umfeld enorm steigern.

k.kipuros@lvz.de

PRESSESCHAU

Zur **Belgien-Wahl** meint *El Mundo* aus Madrid: „In ganz Europa ist Schwindel zu spüren nach dem Wahlsieg der Neuen Flämischen Allianz in Belgien, einer separatistischen Partei. Die Partei ist klar für eine Auflösung Belgiens als Land. Vor dem Hintergrund dieses düsteren Szenarios muss Belgien am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Das hat Europa, das schon wirtschaftlich und politisch in der Patsche sitzt, gerade noch gefehlt.“

Zur **Koalition** kommentiert die *Neue Osnabrücker Zeitung*: „Angela Merkel hat mehr als nur ein Vermittlungsproblem. Ihr gelingt es nach wie vor nicht, die aufgeheizte Stimmung zwischen den Streithähnen vor allem in FDP und CSU abzukühlen und das Koalitionsklima auf eine angenehme Betriebstemperatur zu bringen.“

Zum **gleichen Thema** schreibt die *Märkische Allgemeine* aus Potsdam: „Schwarz-Gelb ist keine Koalition, sondern eine permanente Konfrontation. Das Mobbing ist zum Grundton dieser Regierung geworden wie das Dauergetröte der Vuvuzelas. Verantwortung? Gestaltungswille? Fehlangelegenheit.“

Zu **Nordrhein-Westfalen** befindet der *Münchner Merkur*: „Aus Sicht der Bürger ist diese Taktikerei nur ärgerlich. Die Unfähigkeit der Politiker, ein Wahlergebnis jenseits der Wunschkoalition in eine stabile Regierung umzusetzen, wird den Politfrust weiter steigern.“

Obama: Ölpest wie 11. September 2001

US-Präsident versucht, Kritik am Umgang mit der Katastrophe mit PR-Offensive zu entkräften

Washington. Mit symbolträchtigen Auftritten und neuen Ideen, BP zur Kasse zu bitten, will US-Präsident Barack Obama verspieltes Vertrauen im Kampf gegen die Ölpest zurückerobern. Gestern brach er zu seiner mittlerweile vierten Reise an die US-Golfküste auf – diesmal dauert sie aber zwei Tage und umfasst drei Staaten. Bisher blieb er immer nur wenige Stunden in der Region. Der Präsident ist heftiger Kritik ausgesetzt, nicht entschlossen und schnell genug auf die Krise reagiert zu haben. Auch habe er in Auftritten zu kühl auf die Nöte der Menschen reagiert, hieß es. Heute Abend wendet er sich deshalb erstmals aus dem Oval Office an die Nation – zur besten Sendezeit und laut US-Medien mit dem Plan, den britischen Energieriesen zur Einrichtung eines unabhängig verwalteten Treuhandfonds zu zwingen. Aus diesem sollen dann Scha-

denersatzforderungen beglichen werden. Zugleich rief er gestern die Bürger auf, trotz der Ölpest weiter als Touristen die Golfküste zu besuchen. Viele Strände seien vom Öl unberührt, sagte er in Gulfport im Bundesstaat Mississippi. „Wer helfen will, sollte auf Besuch hierher kommen.“ Für BP wird die Katastrophe immer teurer: Bislang kostete das Öl-Drama den Konzern etwa 1,6 Milliarden Dollar (1,3 Milliarden Euro). Das Unternehmen peilt nun an, die Menge des aufgefangenen Öls

bis Ende des Monats auf täglich 6800 Tonnen von derzeit 2100 Tonnen auszuweiten. Das gehe aus einem Brief des Konzerns an die US-Regierung hervor, berichtet der TV-Sender CNN. In einem Interview zog Obama Parallelen zwischen den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der Öl-Katastrophe. „Auf dieselbe Weise, wie unsere Sicht auf unsere Verwundbarkeiten und unsere Außenpolitik durch 9/11 grundlegend geformt wurde, wird aus meiner Sicht diese

Katastrophe unsere Denkweise über Umwelt und Energie auf Jahre formen.“ Er strebe einen kühnen Vorstoß in Richtung eines neuen Energie-Gesetzes an, kündigte der Präsident an.

Bei BP sind seit der Explosion der Bohrinnsel vor zwei Monaten mehr als 51 000 Schadenersatzforderungen eingegangen. Etwa 25 500 seien bereits beglichen worden, teilte der Konzern mit. Das summiere sich auf 62 Millionen Dollar. Wird der von Obama geplante, unabhängige Schadenersatz-Fonds Wirklichkeit, würde de facto die Kontrolle durch BP über Zahlungen beschritten. Obama zitierte wegen der Unzufriedenheit mit BP führende Vertreter des Konzerns ins Weiße Haus. Zu dem für morgen anberaumten Treffen kommt Aufsichtsratschef Carl-Henric Svaneberg, der im Zuge der Ölpest öffentlich bisher kaum in Erscheinung trat. dpa/AFP



US-Präsident Barack Obama (M.) mit Ölarbeitern in Theodore in Alabama. Foto: dpa

Nordrhein-Westfalen Kraft sorgt für Risse zwischen Rot-Grün

Düsseldorf. Das eigene politische Schicksal hat für Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers momentan absoluten Vorrang. Deshalb hat der CDU-Vize gestern die Präsidiumssitzung seiner Partei in Berlin geschwänzt. Statt mit Parteichefin Angela Merkel über Auswege aus dem Stimmungstief im Bund zu reden, lotete Rüttgers mit seinen Beratern in der Staatskanzlei die eigenen Möglichkeiten aus.

Die Juristen der Landesregierung sollen herausfinden, wie Rüttgers als geschäftsführender Ministerpräsident verhindern kann, dass er zum ausführenden Organ von Rot-Grün im Landtag wird. Dazu will SPD-Chefin Hannelore Kraft ihren Gegenspieler nämlich machen. Erste Vorhaben hat sie bereits angekündigt: Die Abschaffung der Studiengebühren, mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, die Ausweitung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadtwerke und Reformen am Mietrecht. Schon in der ersten Arbeitssitzung Mitte Juli will Kraft all das auf den Weg bringen.



Hannelore Kraft

Doch die Schwierigkeiten stecken im Detail, gerade auch bei den Studiengebühren. Im Wahlkampf hatte Kraft den Hochschulen einen Ausgleich für die wegfallenden Studiengebühren versprochen. Der müsste wohl aus dem Landeshaushalt kommen. Unklar ist allerdings, wie weit die Befugnisse der Opposition reichen, wenn sie haushaltswirksame Gesetze verabschiedet, die auf den künftigen Etat vgreifen. Die Landesverfassung lässt hier nach Ansicht von Juristen Interpretationsspielräume.



Jürgen Rüttgers

Krafts neue Strategie hat für Risse in der bisher herrschenden rot-grünen Harmonie gesorgt. „Wir halten die Entscheidung der SPD für falsch“, kritisierte Grünen-Landeschefin Daniela Schneckenburger das Nein der SPD zu einer Minderheitsregierung. Die Grünen ärgern sich, dass die SPD-Chefin sie stillschweigend für ihre Taktik in Anspruch nimmt, aus der Opposition heraus zu regieren. „Wir werden über unser weiteres Vorgehen eigenständig beraten“, ließ Schneckenburger wissen.

Die Grünen drängen Kraft, die Bildung einer Minderheitsregierung nicht auf die lange Bank zu schieben. Kraft hält sich diese Möglichkeit mit Blick auf den Bundesrat offen. Wenn dort Entscheidungen über die Laufzeiten von Atomkraftwerken, das Sparpaket der Bundesregierung oder eine Kopfpauschale anstünden, sei eine rot-grüne Minderheitsregierung durchaus denkbar, um die schwarz-gelbe Mehrheit in der Länderkammer zu kippen, betont sie. Ob und wann es dazu kommt, ist aber nicht absehbar. Claus Haffert

HINTERGRUND

Neuwahlen

Um das Parlament aufzulösen, ist die absolute Mehrheit erforderlich. Wie schnell diese Mehrheit zusammenkommen könnte, ist nicht absehbar. Die aktuelle Meinungsumfragen dürften bei CDU und FDP das Interesse an einem erneuten Umengang kaum befähigen. Dass die Parlamentsneulage von der Linkspartei, die nur recht knapp die Fünf-Prozent-Hürde überwinden hatte, ihre Mandate schnell wieder auf Spiel setzen, bezweifeln in Düsseldorf viele Beobachter. Ob Neuwahlen ein anderes Ergebnis bringen, ist auch nicht sicher. Eine repräsentative Umfrage hatte Ende Mai fast identische Ergebnisse wie bei der Landtagswahl erbracht.

Jürgen Rüttgers ist seit dem Zusammenbrechen des neuen Landtags geschäftsführender Ministerpräsident ohne Mehrheit im Parlament. Der CDU-Politiker hat zwar für dieses Jahr noch einen gültigen Haushalt, eigene Initiativen könnte er aber kaum durchsetzen. Wenn der Etat für 2011 zur Verabschiedung ansteht, müssten Rüttgers und die CDU zu Neuwahlen bereit sein – kalkulieren SPD-Strategen. Für die SPD hat dieser Weg aber auch einen Haken: Solange Rüttgers geschäftsführend im Amt ist, hat die schwarz-gelbe Berliner Koalition im Bundesrat die Mehrheit. dpa